

Straubhaar, Thomas

Article — Published Version

Deutschland braucht einen deregulierten Arbeitsmarkt

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Straubhaar, Thomas (2002) : Deutschland braucht einen deregulierten Arbeitsmarkt, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Springer, Heidelberg, Vol. 82, Iss. 7, pp. 378-379

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/41295>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Deutschland braucht einen deregulierten Arbeitsmarkt

Nach den bekannt gewordenen Vorschlägen der Hartz-Kommission für eine weitreichende Reform der Arbeitsverwaltung und für einen radikalen Umbau der Arbeitsvermittlung befindet sich der Bundeskanzler mit einem Thema in der beschäftigungspolitischen Offensive, das ihn vor kurzem noch in stärkste Bedrängnis gebracht hatte. Mit Verweis auf die „Vertraulichkeit“ der Gespräche hinter den Kulissen lassen sich vorne, im politischen Scheinwerferlicht allerlei arbeitsmarktpolitische Blaupausen auf deren öffentliche Akzeptanz testen. Bis zur Veröffentlichung des endgültigen Hartz-Berichts am 16. August bleibt dann immer noch genug Zeit, um die härtesten Eingriffe nach den Einwendungen der Interessengruppen weichzuspülen und mit einer verwässerten Light-Version auf Stimmenfang zu gehen. Nicht zuletzt auch nach dem Motto: Wie ihr ja wisst, hätte es auch noch viel schlimmer kommen können!

Die diskutierten Vorschläge der Hartz-Kommission zur Reform der Arbeitsverwaltung lassen aufhorchen. So sollen die Zeitarbeit ausgeweitet, die Arbeitsvermittlung beschleunigt, die Selbständigkeit gefördert und die Zumutbarkeitsregeln für Arbeitslose verschärft werden. Alles in allem erhofft sich die Hartz-Kommission, die Zahl der Arbeitslosen bis 2005 auf zwei Millionen zu halbieren. Es wäre zu kleinkariert, nicht anzuerkennen, dass die Hartz-Vorschläge an wohlbehüteten Tabus rütteln. Sie stellen von Neuem in Frage, was andere schon lange gefragt hatten, ohne jedoch bisher eine politische Antwort erhalten zu haben. Ob die Hartz-Vorschläge hingegen tatsächlich schon „revolutionär“ sind oder nur dem kurzfristig Möglichen sehr nahe kommen, ist eher nebensächlich. Auf jeden Fall haben sie es geschafft, dass es politisch korrekt wird, auch über die Zumutbarkeit einer verfügbaren Arbeitsstelle sowie den Umfang und die Dauer der Arbeitslosenunterstützung neu nachzudenken. Diese Diskussion angeschoben und weitergebracht zu haben, ist allein schon ein Erfolg der Hartz-Kommission.

Wer etwas genauer hinhört, wird nüchterner. Auch der Hartz-Kommission gelingt die dringend notwendige Kurskorrektur der deutschen Beschäftigungspolitik nicht. Das war letztlich ja auch nicht ihre Aufgabe. Sie sollte etwas zur Reform der Bundesanstalt für Arbeit und deren Arbeitsvermittlung sagen. Deshalb darf ihr auch nicht vorgeworfen werden, dass sie wohl sprachlos bleiben wird, wenn es um den Niedriglohn-Sektor, den Kündigungsschutz, das Lohnabstandsgebot oder das Günstigkeitsprinzip geht. Dieser Versäumnisse wegen zielen die Vorschläge der Hartz-Kommission bei weitem am fundamentalen Problem der deutschen Arbeitsmarktpolitik vorbei.

Wie so viele politische Initiativen vor ihr, versucht die Hartz-Kommission die Arbeitsmarktpolitik zu verändern. Sie will Feuer löschen und strebt weniger danach, Brände gar nicht erst entstehen zu lassen. Sie hat die unmoralisch hohe Zahl der Menschen ohne Arbeit im Auge. Sie will Arbeitslose effizienter „verwalten“ und besser „vermitteln“. Deutschland benötigt jedoch keine weitere beschäftigungspolitische Feuerwehr. Notwendig wäre vielmehr eine Strategie zur vorbeugenden Brandverhütung. Es geht darum, mehr neue Arbeitsplätze zu schaffen. Dazu müssten jedoch auf dem Arbeitsmarkt endlich wieder die Mechanismen eines freien Zusammenspiels von Angebot und Nachfrage Gültigkeit erlangen. Deutschland braucht mehr Arbeitsmarkt, nicht mehr Beschäftigungspolitik.

Die Hartz-Kommission hat – ihrem Auftrag gemäß - nur das Arbeitsangebot zum Thema gemacht. Zur Arbeitsnachfrage sagt sie (bisher) leider nichts. Da-



Thomas Straubhaar

bei ist das eigentliche Problem des deutschen Arbeitsmarktes die wegen einer Vielzahl von Regulierungen ausbleibende „reguläre“ Nachfrage nach „billigen“ Arbeitskräften. Somit muss zwangsläufig alles Stückwerk bleiben, was nicht gleichzeitig Angebot, Nachfrage und eine Revitalisierung des Arbeitsmarktes im Auge hat. Denn die Unzulänglichkeiten der deutschen Beschäftigungspolitik zeigen sich ganz augenfällig bei den Problemgruppen, nämlich den gering qualifizierten und älteren Arbeitnehmer(inne)n. Das internationale Beschäftigungs-Ranking 2002 der Bertelsmann Stiftung widerlegt eindrucksvoll das Vorurteil, dass für ältere oder weniger qualifizierte Menschen in der modernen Arbeitswelt kein Platz mehr zu finden sei und dass deshalb nur staatlich vermittelte und geförderte Beschäftigungsverhältnisse oder gar die Frühverrentung helfen könnten. Der internationale Vergleich der Bertelsmann Stiftung zeigt, dass in anderen Ländern wie der Schweiz, den USA aber auch in Skandinavien ältere Arbeitskräfte keineswegs eine besondere Problemgruppe des Arbeitsmarktes darstellen.

Die (Langzeit-)Beschäftigungslosigkeit in Deutschland ist eben nicht gottgegeben, sondern man-made. Sie ist vor allem die Folge einer Politik, die versucht, mittels allerlei Regulierungen den Arbeitsmarkt zu bestimmten politisch gewünschten Ergebnissen zu veranlassen. Als Konsequenz entwickeln sich dann eben gerade jene Gruppen zu Problemfällen, die man durch Eingriffe in den Arbeitsmarkt schützen wollte. Es erschüttert zutiefst, dass auch die Hartz-Kommission das eigentliche Syndrom der hohen deutschen Beschäftigungslosigkeit nicht zu durchdringen scheint. Solange aber die Prophylaxe nicht stimmt, nützen alle auch noch so gut gemeinten Therapien wenig. Sie sind dann lediglich Symptom-, nicht aber Ursachenbekämpfung. Solange Löhne allein aufgrund des Alters, nicht jedoch als Folge einer besseren Leistung steigen, und soweit gerade ältere Arbeitskräfte einen besonders strengen Kündigungsschutz genießen, wirken alle Versuche hilflos, mit politischen Spezialmaßnahmen ältere Arbeitslose in reguläre Beschäftigungsverhältnisse zurückzuführen. Erst wer durch Deregulierung die unverzichtbaren Marktoraussetzungen schafft, hat eine Chance, die Erwerbstätigkeit älterer Menschen nachhaltig zu steigern.

An der Stelle müsste man sich in Deutschland doch eigentlich fragen, wieso hierzulande so viel weniger ältere Menschen beschäftigt sind als anderswo in Europa. Besonders krass fällt ein Vergleich mit der Schweiz aus. Es kann doch nicht unveränderbares Schicksal sein, dass in Deutschland die Erwerbsbeteiligung der 55- bis 64-Jährigen gerade einmal bei rund 40% liegt, während sie in der Schweiz über 70% erreicht. Für diese Altersgruppe bestehen in der Schweiz also noch genügend Anreize und auch Möglichkeiten zur Erwerbstätigkeit. Denn so verschieden sind Deutsche und Schweizer(innen) nun wirklich nicht, dass für dieses erstaunliche Missverhältnis irgendwelche (alters-)medizinischen Gründe zu finden wären. Der Unterschied ist eindeutig die Folge anderer Rahmenbedingungen: Wie das internationale Beschäftigungs-Ranking 2002 der Bertelsmann Stiftung bestätigt, ist der schweizerische Arbeitsmarkt weitaus weniger stark reguliert als der deutsche, beispielsweise was den Kündigungsschutz betrifft.

Als Quintessenz zeigt sich, dass die Hartz-Kommission zwar die beschäftigungspolitische Regulierungsspirale ein Stück weit zurückdreht. Sie durchbricht aber den Teufelskreis nicht wirklich, der den deutschen Arbeitsmarkt fest gefangen hält. Damit wird sie es auch nicht schaffen, die dringend notwendigen Marktkräfte zu entfesseln. Also droht alle guten Wünsche zum Trotz das erhoffte Hartzsche Beschäftigungswunder eher kurzfristige Illusion, als nachhaltige Realität zu werden.